

Zukunftspakt schon Vergangenheit?

Die Berliner Verwaltung kommt mir wie ein Patient vor, den man in schöner Regelmäßigkeit auf den Operationstisch legt, ihn aufschneidet, an den Organen herumdoktert und einige von ihnen am Liebsten durch neue ersetzen würde. Es fehlen, wie im richtigen Leben, nur die Organspender.

Es geht im Augenblick um die offenbar alles entscheidende Frage, ob die Angebote der Bezirksverwaltungen künftig noch einheitlicher in Ämter zusammengefasst werden sollen, als es eigentlich schon der Fall ist, sich bloß nicht jeder daran hält. Noch wichtiger scheint die Frage zu sein, ob es nach 2021 sechs statt bisher fünf Bezirksamtsmitglieder geben soll, also Bürgermeister/in zuzüglich vier oder fünf Stadträte. Jaja, die wachsende Stadt, immer mehr Aufgaben und immer größere Belastungen für die Verwaltungschefs. Da kommen einem die Tränen. Vor der Bezirksfusion gab es in den zwölf alten West-Berliner Bezirken sogar sieben Stadträte. In Zehlendorf war einer allein für das Strandbad Wannsee zuständig. In anderen Bezirken nannte sich eine Abteilung bedeutsam Wirtschaft und Finanzen. Auch einen Stadtrat allein für das Gesundheitswesen gab es. Egal, wer wie viel zu tun hatte und hat, bezahlt werden alle gleich nach der Besoldungsgruppe B4 (8.000 Euro), bis auf den Bürgermeister (B6 9.000 Euro) und den Vize-Bürgermeister B5 (8.500 Euro).

Später wurde die Zahl der BA-Mitglieder erst auf sechs und dann auf fünf reduziert, und jetzt sollen es wieder sechs sein. Würden die Aufgaben gerecht verteilt werden, reichten fünf nach wie vor aus. Denn, hinter den Chefs steht eine Verwaltung, in der es trotz Fachkräftemangel viele Mitarbeiter gibt. Wenn sich ein Stadtrat als oberster Sachbearbeiter seiner Verwaltung versteht, hat er das System von Delegation und Kontrolle nicht verstanden.

In Friedrichshain-Kreuzberg würde man gern auf einen der fünf BA-Mitglieder verzichten. Gemeint ist natürlich Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne). Er hat die Bezirksverordneten richtig verärgert, wegen „seiner“ Parklets in der Bergmannstraße und vielen grünen Punkten. Nun haben SPD, CDU, Linke und FDP einen Missbilligungsantrag gegen Schmidt eingebracht. „Den Fraktionen geht es darum, dass Schmidt an den umstrittenen Parklets, also die öffentlichen Sitzmöbel in der Bergmannstraße in Kreuzberg festhält, obwohl die Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen hatte, die Testphase dieser Begegnungszone statt wie

geplant im November im Juli zu beenden. Schmidt hatte angedeutet, den BVV-Beschluss zu ignorieren. Zum Missbilligungsantrag hatten sich die Fraktionen in voneinander unabhängigen Sitzungen entschlossen.“, schreibt Der Tagesspiegel.

Unter Punkt 2.2 soll der Missbilligungsantrag heute am 8. Mai, Sitzungsbeginn 18.00 Uhr, behandelt werden. Der Antrag lautet: „In Ausübung ihrer Kontrollrechte nach § 17 Bezirksverwaltungsgesetz erhebt die BVV Einwendungen gegen die Führung der Geschäfte durch das Bezirksamt, namentlich gegen Bezirksstadtrat Florian Schmidt. Begründung: Der unmittelbare Anlass dieser Missbilligung der Amtsführung des Stadtrates Florian Schmidt sind die Vorgänge rund um das Modellprojekt Begegnungszone Bergmannstraße und die offensichtliche Missachtung des BVV-Beschlusses zur Drucksache DS/1105/V.“

Nun ist ein Missbilligungsantrag eine reine Showveranstaltung. Die Missbilligung kann sich Schmidt letztlich in die Haare schmieren, was seiner Frisur insgesamt vielleicht guttäte. SPD (10), CDU (4), Linke (12) und FDP (2) bringen, wenn alle mitstimmen, 28 von 55 Stimmen zusammen, also eine knappe Mehrheit. Für eine Abwahl Schmidts reicht es aber nicht, denn dazu bräuchte man mindestens 36 Stimmen, und da die Grünen allein 20 Bezirksverordnete stellen, wäre so ein Unterfangen aussichtslos.

Die CDU-Abgeordneten Oliver Friederici und Kurt Wansner machen in einer Presseerklärung deutlich, was sie von Schmidt halten: „Als Fraktion im Abgeordnetenhaus haben wir mehrfach die Missachtung der Anwohner-Interessen und der Beschlüsse des Bezirks zur Begegnungszone im Bergmannkiez durch das mehrheitlich von Grünen regierte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg kritisiert. Statt hinter den umstrittenen Großversuch im Juli endlich einen Schlusspunkt zu setzen, wollen der rot-rot-grüne Senat und der Bezirk diesen verkehrspolitischen Irrsinn jetzt mit Grüner-Punkt-Pflasterbemalung weiterführen. Diese Trickserei ist nicht hinnehmbar.“

Hier offenbart sich das Demokratiedefizit von Grünen-Stadtrat Schmidt, der Parteiinteressen über seine Amtspflichten stellt. Deshalb unterstützen wir als Fraktion des Abgeordnetenhauses den heute von der Bezirks-CDU gemeinsam mit anderen Fraktionen eingebrachten Antrag, das Verhalten des Stadtrates zu missbilligen. Wir erwarten, dass Entscheidungen des Bezirks umgesetzt und Wünsche der Mehrheit der Anwohner ernstgenommen werden. Parklets sowie die Grüne-Punkte-Markierung sind unverzüglich zu entfernen.“ Rund eine Million Euro hat der Spaß gekostet. Viel Geld für ein Experiment zum Thema „Unser Dorf soll schöner werden.“

Und was ist nun mit dem „Zukunftspakt“, der von Senat und Bezirken in der kommenden Woche unterschrieben werden soll? *„In der Berliner Regierungskoalition ist am Dienstag der Streit über die Modernisierung der Behörden an einem zentralen Punkt eskaliert.“*, schreibt die Berliner Morgenpost. In der offiziellen Pressemitteilung des Senats über die Sitzung ist darüber nichts zu lesen.

„Die Grünen stellen sich gegen den im Vertragsentwurf enthaltenen Plan, die Bezirksämter einheitlich zu organisieren. Diese Position machte Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) in der Senatsitzung deutlich – und überraschte damit seine Koalitionspartner.“, heißt es weiter in der Morgenpost. *„Unterschiedliche und zwischen den Wahlperioden variierende Zuschnitte der Abteilungsstrukturen erschweren ein erfolgreiches Personalmanagement ebenso wie die fachliche Steuerung“*, steht in dem Entwurf des für die Verwaltungsreform zuständigen Staatssekretärs Dr. Frank Nägele (SPD), der in der Senatskanzlei angesiedelt ist.

Die Grünen haben offenbar kein Verständnis für eine einheitliche Verwaltungsstruktur in den zwölf Bezirken von Reinickendorf bis Tempelhof-Schöneberg. *„Uns ist nicht wirklich klar, warum uns das voranbringt“*, sagte Behrendt der Berliner Morgenpost. *„Dass die Ämter einheitlich organisiert seien und überall die gleichen Aufgaben wahrnehmen, hält der Senator für sinnvoll. Das ist aber schon lange so festgelegt.“* Damit hat Behrendt vollkommen Recht. Es gibt derzeit zehn Ämter, die unter den fünf Bezirksamtsmitgliedern aufgeteilt werden. Nicht nach sachlichen Kriterien, sondern nach politischen. Ein politisches Bezirksamt wird es auch nach der angestrebten Reform nicht geben, sondern nach wie vor werden die Stadtratsposten nach der Stärke aller in der BVV vertretenen Parteien verteilt. So gibt es in Lichtenberg einen AfD-Stadtrat allein für das Ordnungsamt und in Tempelhof-Schöneberg einen für Jugend, Gesundheit, Schule, Sport, Umwelt und Natur zuständigen Stadtrat. Beide bekommen die gleiche Gage. Der eine kann nach getaner Arbeit um 11 Uhr vormittags nach Hause gehen, der andere sitzt um 11 Uhr abends immer noch im Büro. Diese Ungleichheit sollte beendet werden. Das ginge ganz einfach, indem man fünf unveränderbare Abteilungen schüfe.

Beim Bürgermeister Personal, Finanzen, Wirtschaftsförderung, Rechtsamt und alle Beauftragten, und die zehn Ämter könnten bequem in vier Abteilungen zusammengefasst werden, zum Beispiel Bürger-, Ordnungs-, Umwelt- und Naturschutzamt in einer Abteilung, in einer weiteren Jugend-, Schule und Sport, dann Stadtentwicklung, Bauen, Tiefbau, Grün-

flächen, Facility Management, und letztlich Soziales, Gesundheit, Weiterbildung und Kultur. Ganz einfach. Man muss es nur wollen.

„Warum das Wohl und Wehe des Landes aber davon abhängt, ob in Reinickendorf das Umweltamt zusammen mit dem Bauamt von einem Stadtrat geführt wird und in Reinickendorf die Kultur bei der Wirtschaft ist, das leuchtet mir nicht ein.“, wird Justizsenator Behrendt in der Morgenpost zitiert. In Reinickendorf werden tatsächlich Umwelt, Natur und Bauen von einem BA-Mitglied geleitet, dem Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) höchst persönlich. Kultur und Wirtschaft befinden sich jedoch nicht in einer Abteilung, sondern in der für Gesundheit, Soziales und Wirtschaft. Die Kultur gehört in Reinickendorf zur Abteilung Straßen-, Grünflächen und Facility Management. Was für eine Mischung.

Nach einer Wahl beginnt immer wieder das bekannte Pokerspiel in der Zusammenstellung der Abteilungen, nach reinen machtpolitischen Aspekten. Die Zählgemeinschaften bestimmen den Zuschnitt. Wer nicht dazugehört, kommt auf die Restrappe. Dieses Spielzeug lassen sich die Parteien ungern nehmen. Die Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), kommt mit einem schlagenden Argument für die Beibehaltung der Aufgabentombola. Der Morgenpost sagte sie, dass eine *„Angleichung aller Bezirksämter“* nur Sinn mache, *„wenn auch der Senat seine Ressorts entsprechend aufstelle.“* Die Senatsverwaltungen werden nach jeder Wahl neu zusammengeschnitten, nach derselben Methode wie auf Bezirksebene, nach rein politischen Gesichtspunkten. Nur erfolgt hier die Verteilung unter den Koalitionsparteien. *„Wenn es also im Senat regelmäßig einen Wechsel gebe, bringe es für Berlin gar nichts, die Bezirke auf einheitliche Abteilungsstrukturen festzulegen.“*, wird Frau Herrmann in der Morgenpost zitiert.

SPD und Linke sind nun sauer auf die Grünen, weil diese den Zukunftspakt, der auch noch andere Punkte enthält, nicht zustimmen wollen. Und so sagt Frau Herrmann: *„Wenn der sechste Stadtrat der Preis sein soll für die Vereinheitlichung, dann verzichten wir auf den sechsten Stadtrat.“* Das nennt man Politik. Und Florian Swyter von der FDP merkt an: *„Die überraschende Infragestellung des Zukunftspakts Verwaltung durch die Grünen ist verantwortungslos. Offenbar ist der Berliner Senat selbst bei diesem drängenden Problem nicht mehr handlungsfähig. Dabei kann sich Berlin einen weiteren Stillstand bei der Verwaltungsmodernisierung wirklich nicht leisten.“* Auch richtig. Rot-Rot-Grün blockiert sich erneut. Den Stillstand finden aktuell 59 Prozent der Wähler gut. **Ed Koch**